

1. Wie positioniert sich Ihre Partei zur Religionsfreiheit?

CDU	Die CDU steht ohne Wenn und Aber auf dem Boden unseres Grundgesetzes. In Artikel 4 unserer Verfassung, und somit in den Grundrechten, ist die Glaubens- und somit Religionsfreiheit garantiert. Das besagt natürlich auch, dass sich jeder Gläubige an diese Bestimmungen zu halten hat und seine Glaubensregeln nicht anderen aufdrängen darf.
SPD	Die Religionsfreiheit ist ein verfassungsmäßiger Grundsatz. Sowohl in Programmatik als auch politischem Handeln steht die SPD in allen Bereichen der Gesellschaft für diesen Grundsatz und den Minderheitenschutz.
Linke	<p>In unserem Landtagswahlprogramm 2019 haben wir beschlossen: „Die Gedanken sind frei und die Religionsfreiheit ein hohes Gut. Ein hohes Gut ist für uns ebenfalls die Gleichberechtigung. Das heißt einerseits, dass niemand aufgrund ihres oder seines Glaubens diskriminiert werden darf, aber andererseits auch, dass niemand Privilegien haben sollte.“ (Landtagswahlprogramm 2019, S. 13)</p> <p>DIE LINKE diskutiert seit einigen Jahren immer intensiver über Religions- und Weltanschauungsfragen. Unsere „Kommission Religionsgemeinschaften, Weltanschauungsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft“ hat dazu im April/Mai 2018 ein weitergehendes Positionspapier „Vielfalt entwickeln und verteidigen. DIE LINKE, das Menschenrecht auf Religionsfreiheit und die Trennung von Staat und Religion“ veröffentlicht, in dem wir diese Position weiterentwickelt haben: „Die Religionsfreiheit schützt vor allem die Freiheit des Menschen, sich religiös und weltanschaulich selbst zu bestimmen und danach zu leben. Die Grenzen dieses Freiheitsrechts liegen dort, wo dieses Recht in einen Widerspruch zur freien Selbstbestimmung anderer Menschen gerät. Konflikte kann es geben, wo dieses Menschenrecht andere grundlegende Menschenrechte berührt, wie etwa das Recht auf Bildung, auf körperliche Unversehrtheit, die Verhältnisse zum weltanschaulich neutralen Staat. Die Religionsfreiheit erlaubt es, diese Konflikte religionsverfassungsrechtlich einzuhegen und demokratisch auszutragen.“</p>
Grüne	<p>Jedes Individuum und jede Gruppe darf ihren Glauben leben und bekunden, die Menschen dürfen ihr gesamtes Handeln an ihrem Glauben oder an ihrer Weltanschauung ausrichten, solange sie damit nicht in den Freiheitsbereich anderer eindringen. Jeder und jede hat das Recht darauf, die eigene Religion oder Weltanschauung frei zu wählen oder sie zu wechseln oder aber gar keine Religion zu haben. Alle müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat diese Freiheiten gewährleistet, und wissen, dass der Staat es nicht dulden wird, wenn sie anderen diese Freiheit beschneiden. Es geht angesichts gesellschaftlicher Veränderungen um die Verständigung auf den gemeinsamen Grundkonsens bei allen Unterschieden. Menschenwürde, Grund- und Menschenrechte, Rechtsstaat, Gewaltenteilung und Demokratie stehen für uns nicht zur Disposition. Hier werden wir keine Abstriche machen.</p> <p>Die Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist immer die Freiheit der anders Denkenden und Glaubenden. Der säkulare und weltanschaulich neutrale Staat und eine konsequent an Grund- und Menschenrechten ausgerichtete Politik sind der sichere Rahmen für alle, die einer Religion oder Weltanschauung angehören und zugleich für alle, die keiner Religion angehören wollen.</p>

	<p>Religions- und Weltanschauungsfreiheit bedeutet Freiheit gegenüber möglichen Einschränkungen durch den Staat, aber auch Schutz vor Indoktrination durch den Staat oder durch vom Staat protegierte Akteure. Die Religions- und Weltanschauungsfreiheit der einen endet erst mit der Beeinträchtigung der Freiheitsrechte anderer (vgl. Grundgesetz Artikel 4, Absatz 1 u. 2 in Verbindung mit Artikel 2, Absatz 1).</p>
FDP	<p>Als Freie Demokraten Sachsen setzen wir uns für die Religionsfreiheit und die Gleichbehandlung von Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein. Dazu zählen selbstverständlich sowohl die positive als auch die negative Religionsfreiheit. Zur Freiheit des Einzelnen gehört die Suche nach dem Sinn und den Werten des eigenen Lebens, die viele Menschen in ihrer persönlichen Glaubensüberzeugung und Weltanschauung finden. Daher soll jeder seine Religion ausüben oder seiner atheistischen oder agnostischen Überzeugung folgen können. Deshalb lehnen wir auch beispielsweise ein generelles Verbot der freiwilligen Verschleierung ab, soweit dies nicht, etwa in öffentlichen Einrichtungen, im Einzelfall zur Identifizierung der Personalien oder nach dem Versammlungsrecht notwendig ist.</p> <p>Zentral ist für uns bei jeder Religionsausübung die Orientierung am Grundgesetz. Wo das Grundgesetz als objektive Werteordnung unserer Gesellschaft missachtet und Gesetze verletzt werden, enden Toleranz und Respekt. Verständnis für religiösen oder ideologischen Fundamentalismus darf es nicht geben. In diesem Zusammenhang lehnen wir auch die Einflussnahme aus dem Ausland durch die Finanzierung religiöser Vereine und Einrichtungen ab, wie z. B. durch die Türkei und Saudi-Arabien in Bezug auf bestimmte Moscheegemeinden.</p>
AfD	<p>Die AfD Sachsen bekennt sich klar zur Religionsfreiheit. Sie befürchtet jedoch, dass sich nicht alle religiösen Vereinigungen und Verbände zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und manche, wie die Muslimbruderschaft, diese sogar für eigene Zwecke schamlos ausnutzen. Aus diesem Grund möchte die AfD eine Demokratieerklärung insbesondere für Moscheevereine einführen, in der sich diese zu unserem säkularen Staat, zur Religionsfreiheit und zum Gewaltverzicht bekennen. In dieser Erklärung sollen auch der Vereinszweck und die Vereinsfinanzierung transparent gemacht werden und der Umstand, in welchem Verhältnis sie zu internationalen Organisationen oder Organisationen ausländischer Staaten stehen.</p> <p>Die AfD befürwortet Bürgerentscheide über Sakralbauten, die tief in das Stadtbild eingreifen, wie bspw. Moscheebauten mit Minarett. Solche Bauvorhaben, die für die freie Religionsausübung nicht notwendig sind, müssen von den Bürgern akzeptiert werden. Willkürentscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg könnten andernfalls den Nährboden für Politikverdrossenheit und Extremismus bereiten.</p> <p>Die AfD tritt zugleich für ein generelles Verbot der religiösen Gesichts- bzw. Vollverschleierung im öffentlichen Raum ein. In einer offenen Gesellschaft ist es üblich, sein Gesicht zu zeigen. Wer in dieser offenen Gesellschaft leben möchte, muss sich auch den hiesigen Gepflogenheiten anpassen, was gleichzeitig ein Zeichen der Migranten für Integrations- und Toleranzwilligkeit darstellt.</p> <p>Die AfD setzt sich des Weiteren für ein Verbot der religiösen Beschneidung an Minderjährigen ein. Die körperliche Unversehrtheit des Minderjährigen steht für uns über den religiösen Bedürfnissen der Eltern. Ein Bekenntnis zu einer Religion durch körperliche Veränderungen kann immer noch erfolgen, wenn der Bekennende volljährig geworden ist.</p> <p>Abschließend wird angemerkt, dass die AfD am generellen Verbot von Schächtlungen festhält. In Sachsen sollen keine Ausnahmegenehmigungen erteilt werden, auch nicht aus religiösen Gründen. Dies gebietet das Tierwohl.</p>

2. Welche Schritte zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts werden von Ihrer Partei angestrebt?

CDU	<p>Der gesellschaftliche Zusammenhalt hat für die CDU eine herausragende Stellung. Denn wir wollen, dass sich alle Bewohner unseres Landes in Sachsen wohlfühlen und an seiner positiven Entwicklung teilnehmen und teilhaben. Insbesondere die Flüchtlingssituation von 2015/16 hat uns dabei vor neue, nicht einfache Herausforderungen gestellt. Klare Positionen dazu sind formuliert und werden auch konsequent umgesetzt.</p> <ul style="list-style-type: none">– Asyl für Verfolgte ist uns ein hoher Wert und wird nicht im Geringsten in Frage gestellt.– Nicht-Asylberechtigte sind in ihre Heimatländer zurückzuführen, so schwierig das in Einzelfällen auch ist.– Einen hohen Stellenwert hat für uns das Ehrenamt. Die finanzielle Unterstützung dafür ist im Doppelhaushalt deshalb mehr als verdoppelt worden.– Unser Ministerpräsident bereist jeden Landkreis und erklärt unsere Politik. Er diskutiert mit den Bürgerinnen und Bürgern. Er geht sehr gewissenhaft auf Sorgen, Ängste und Vorbehalte der Menschen ein. Er wird dabei stets von den zuständigen Wahlkreis-Abgeordneten der CDU begleitet und unterstützt.
SPD	<p>Das Engagement bei der Flut und die Unterstützung für Geflüchtete in Sachsen haben gezeigt, dass sich viele für die Allgemeinheit handfest engagieren wollen und Solidarität zeigen. Deshalb wollen wir Programme für konkrete Hilfen ausbauen: Die unbürokratische Finanzierung und Unterstützung kleiner Bürgerprojekte werden wir ausweiten. Das Ministerium für Gleichstellung und Integration wollen wir ausbauen. Hierzu sollen die Erfahrungen aus den Programmen „Weltoffenes Sachsen“ und „Wir für Sachsen“ gebündelt werden, um eine Netzwerkstruktur für innovative Projekte des Zusammenlebens und gesellschaftlicher Solidarität in unseren Stadtteilen und kleinen Städten und Dörfern zu entwickeln und finanziell sowie organisatorisch zu unterstützen.</p> <p>Zudem sollen Ursachen, die zu einer gesellschaftlichen Spaltung führen können, untersucht und adäquate Lösungen entwickelt werden. So soll das Ministerium sich ganz konkret dafür einsetzen, das Zusammenleben von Menschen zu verbessern, Kümmerer-Strukturen aufzubauen und zu stärken sowie Räume für Begegnung zu schaffen. Ein weiterer Beitrag ist die Aufarbeitung vergangener Ungerechtigkeiten. Dazu zählen insbesondere Probleme der Nachwendezeit, die auch 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution nicht vollständig geklärt sind. Wir haben uns schon in den vergangenen Jahren für ein Sichtbarmachen dieser Geschichte eingesetzt und die Nachwendezeit wieder auf die aktuelle Tagesordnung gehoben. Nun werden wir lokale und regionale Projekte zur Dokumentation der jüngeren Geschichte vor Ort, beispielsweise Geschichtswerkstätten und Ehemaligen-Initiativen, stärker unterstützen genauso wie Aufarbeitungskommissionen auf lokaler Ebene, wenn dies Bürgerinnen und Bürger vor Ort wünschen. Wir werden eine landesweite Dialogreihe zwischen den Generationen ins Leben rufen, um über die Vergangenheit und Zukunft in Ostdeutschland zu reden. Dazu zählen unter anderem Probleme bei der Renten-Überführung und Renten-Anrechnung. Betroffen sind davon verschiedene Berufs- und Personengruppen wie beispielsweise die ehemaligen Angestellten der Reichsbahn, Krankenschwestern, in der DDR geschiedene Frauen oder angestellte Professoren. Wir setzen uns auf Bundesebene für einen Ausgleich ein, der entstandene Härten auffängt. So wollen wir ganz konkret das Leben von zehntausenden Menschen verbessern. Auch wenn wir Unrecht nicht rückgängig machen können, wollen wir es zumindest abmildern und derart reparieren, dass sich die Betroffenen als gleichwertiger Teil dieser Gesellschaft fühlen.</p> <p>Nicht zuletzt werden wir ein Integrations- und Teilhabegesetz auf den Weg bringen, welches die guten bestehenden Maßnahmen wie Landes-</p>

	<p>sprachprogramm und Geflüchtetensozialarbeit verstetigt, klare Erwartungen an eine gelingende Integration festschreibt und eine deutliche Aufgabenverteilung zwischen dem Freistaat und seinen Kommunen regelt. Diskriminierung werden wir weiter konsequent entgegentreten und dafür u. a. ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen, das die Lücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) schließt.</p> <p>Gesellschaftliche Spaltung entsteht aber auch überall dort, wo sich Milieus trennen, sich Lebenswelten immer weiter voneinander entfernen und wo Vielfalt verloren geht. Dem gilt es entgegenzuwirken. Deshalb setzen wir uns für das längere gemeinsame Lernen ein, für eine Stadtentwicklung, die vor allem die soziale Durchmischung im Blick hält oder auch für kostenfreie Bildungseinrichtungen von der Krippe bis zur Hochschule. Wir setzen uns ein für einen attraktiven öffentlichen Rundfunk, der die Menschen jenseits aller Filterblasen erreicht, für die Finanzierung von Orten der Begegnung, wie es Kultureinrichtungen oder Volkshochschulen sind, und für die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements im sportlichen und sozialen Bereich.</p>
Linke	<p>Gesellschaftlicher Zusammenhalt hat viele Facetten. Auf die wesentlichen möchten wir uns hier konzentrieren: Sachsen hat zwei Außengrenzen zu Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, weshalb wir auch auf die EU eingehen wollen. Die Sozialsysteme der Mitgliedsstaaten der EU sind unterschiedlich. Einheitlich muss sein: das Recht auf ein Leben frei von Armut. Soziale Rechte müssen von jedem Menschen individuell einklagbar sein. Ein gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt, u. a. mit der Arbeit von Erwerbstätigen im Ausland und der grenzüberschreitenden Entsendung von Arbeitskräften, braucht gemeinsame Regeln, die sich am Interesse der Beschäftigten, nicht der Konzern-Eigentümer orientieren. Um Lohn- und Sozialdumping zu überwinden und den Standort- und Konkurrenzdruck zu verringern, wollen wir gemeinsame Mindeststandards und starke, einklagbare Rechte für die Beschäftigten durchsetzen.</p> <p>Die Macht der Lobbyisten muss geschwächt, die der Zivilgesellschaft gestärkt werden, weil letztere eine Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bildet. DIE LINKE fordert für die EU wie auch für die Bundesrepublik verbindliche, digital lesbare Lobby- und Transparenzregister. Mit ihnen soll öffentlich gemacht werden, mit welchem Budget, in wessen Auftrag und zu welchem Thema die Lobbyisten Einfluss auf die Politik nehmen. Mit den Menschen, sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Europa wollen wir eine neue Verfassung entwickeln. Dazu treten wir für einen Verfassungskonvent ein, in dem Vertreterinnen und Vertreter der zivilgesellschaftlichen Akteure der Mitgliedsstaaten der EU gleichberechtigt und gemeinsam die Grundlagen der EU diskutieren, einen Entwurf für eine Verfassung erarbeiten und diesen zur Beratung und Abstimmung durch die Menschen in der EU vorlegen können.</p>
Grüne	<p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bejahen Pluralität. Der Schutz vor Diskriminierung und die Gewährleistung der Grundrechte aller ist das Fundament von Freiheit und der produktiven Entfaltung gesellschaftlicher Vielfalt. Wir stehen für eine offene, plurale Gesellschaft. Sie ist für uns ohne Alternative. Eine offene Gesellschaft bietet große Chancen und bedeutet große Herausforderungen für alle, die hier leben wollen.</p> <p>Wir wollen beharrlich für gegenseitigen Respekt unterschiedlicher Religionen, Weltanschauungen und Kulturen werben. Dialog zwischen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften begrüßen wir ausdrücklich. Gegenseitiges Kennenlernen von Religionen und Weltanschauungen sollte weiterhin wichtiger Teil von Religions- und Ethikunterricht sein.</p>

FDP	<p>Für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wollen wir in jeglichen Bereichen Maßnahmen ergreifen. Allgemein setzen wir uns für eine Kultur des Respekts und der Wertschätzung ein. Dazu gehört ein respektvoller politischer Diskurs ebenso wie ein respektvoller Umgang des Staates mit den Leistungen des Bürgers, seiner Zukunftsaussichten oder aber auch seiner Bürgerrechte.</p> <p>Konkret wollen wir u. a. die politische Bildung in Sachsen stärken, Vereine und Verbände z. B. durch weniger Bürokratie entlasten, mehr Angebote in Schulen durch mehr Mittel für Ganztagsangebote schaffen, die Aufstiegschancen durch einen Aktionsplan zur Verringerung der Schulabbrecherquote und bessere frühkindliche Bildung erhöhen sowie Integration und Inklusion im Freistaat voranbringen.</p>
AfD	<p>Wie schon in Frage 1 dargelegt, setzt sich die AfD für mehr Bürgerbeteiligung ein. Dies gilt für alle Politikbereiche. Für die Akzeptanz von die Allgemeinheit betreffenden Entscheidungen ist es unerlässlich, die Bürger miteinzubeziehen. Bürger dürfen nicht nur nach ihren Meinungen in Dialogforen gefragt werden, sie müssen auch tatsächliches Mitspracherecht in Form von Bürgerbefragungen und Bürgerentscheiden haben. Wäre bspw. eine Abstimmung über den Euro, die Energiewende und die Masseneinwanderung getätigt worden, hätten diese Themen heute nicht die polarisierende Kraft, die allerorten feststellbar ist.</p>

3. Welche politischen Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich für Ihre Partei aus einer sich globalisierenden Welt?

CDU	<p>Die Globalisierung passiert, ob uns das gefällt oder auch nicht. Wir müssen uns also den damit verbundenen Herausforderungen stellen. Am Beispiel des unbedingt notwendigen Klimaschutzes wird das besonders deutlich. Wir sind mit dem Ausstieg aus der Braunkohle einverstanden, dürfen aber die direkt betroffenen Menschen nicht vergessen. Die Umstrukturierung z. B. der Lausitz ist notwendig. Mit dem Bund ist das Thema verhandelt. Wir müssen massiv in Forschung und Entwicklung, etwa in Speichertechnologie für Elektrizität, investieren, wie z. B. die Wasserstoff-Kompetenz an der Technischen Universität Chemnitz. Unsere Kraftwerke abzuschalten und dafür Strom zu importieren (Atomstrom aus Frankreich, Kohlestrom aus Polen), ist keine Lösung. Die regenerativen Energien stehen leider nicht kontinuierlich zur Verfügung. Ihre Speicherung bei Überangebot ist also unabdingbar.</p> <p>Unsere Industrie muss im globalen Wettbewerb bestehen können. Denn dort werden die Werte erarbeitet, die uns allen zugutekommen. Wir haben viel getan, um einen hohen Bildungsgrad unserer nachwachsenden Generation zu gewähren. Der mit Abstand größte Zuwachs an finanzieller Unterstützung ist der Bildung zugeflossen (Schulen inklusive Berufsschulen, Forschung, Universitäten). In noch keinem Haushalt ist ein solcher Zuwachs gewährt worden wie 2019/20.</p>
SPD	<p>Sachsen hat seinen Platz in der Welt und in der Mitte Europas. Wir tragen auch Verantwortung für das, was in der Welt geschieht – im Kleinen wie im Großen. Unser Handeln richten wir stärker nachhaltig aus, um unseren konkreten Beitrag zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele zu leisten.</p> <p>Der Nachhaltigkeits-Dreiklang aus Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit ist gerade für Sachsen von erheblicher Bedeutung. Wir müssen entschlossen für die noch mögliche Begrenzung des vom Menschen verursachten Klimawandels handeln. Wir müssen die Verpflichtungen einhalten, die Deutschland im Pariser Klimaschutzabkommen eingegangen ist – insbesondere die Begrenzung der globalen Klimaerwärmung auf 1,5 Grad. Um auch eine ökonomisch und sozial nachhaltige Politik zu machen, halten wir aber auch unser Wort gegenüber den Menschen in den Braunkohlerevieren. Wir stehen zum vereinbarten Kohleausstieg bis 2038. Trotzdem wünschen wir uns einen früheren Ausstieg, wenn dies möglich ist. Wir werden den notwendigen Strukturwandel politisch, sozial und ökologisch gestalten und, wie versprochen, in die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Kohleregionen in Mitteldeutschland und der Lausitz investieren.</p> <p>Nachhaltigkeit ist auch in der Bildung wichtig. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass die Lernfreude von Schulkindern mit jedem Schuljahr abnimmt. Nahezu allen Schulanfängern macht das Lernen in der Schule meistens Spaß. Mit 13 Jahren sehen das nur noch zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler so, mit 17 Jahren nur noch ein knappes Drittel. In einer Gesellschaft, in der durch raschen technologischen Wandel das lebenslange Lernen immer wichtiger wird, ist das alles andere als nachhaltig und ein Grund, die Funktionsweise unserer Schulen dringend zu überdenken.</p> <p>Und auch die Entwicklung der Wirtschaft und des Finanzsystems liefern Beispiele für Schaden durch fehlende Nachhaltigkeit. Spekulationen und günstige Kredite auf unregulierten Finanzmärkten haben einigen Menschen kurzfristig mehr Kaufkraft und einen höheren Lebensstandard gebracht. Die Folgen des Zusammenbruchs der Finanzmärkte aber mussten wir alle bezahlen, weil öffentliche Gelder eingesetzt werden mussten, um Banken zu retten. Die an Spekulationen gescheiterte SachsenLB war so ein Fall. Das ist nicht nachhaltig. Denn es bürdet aktuellen und zukünftigen Generationen den Schuldendienst für die Rückzahlung auf. Dieses Geld fehlt uns heute und zukünftig für Bildung, Innovation und</p>

	<p>Soziales. Uns allen sollten die jüngsten Entwicklungen Mut machen: Schülerinnen und Schüler setzen sich vehement für die Zukunft unseres Planeten ein. In unseren Städten boomen Modelle der geteilten Ressourcennutzung, vom Carsharing bis zum Waschsalon. Immer mehr Menschen legen Wert auf regionale Produkte und eine gesunde Ernährung, sind mit dem Rad und öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs. Wir wollen diesen gesellschaftlichen Wandel mehr als bisher unterstützen und fördern und unsere Vorhaben und Entscheidungen von diesem Geist der Nachhaltigkeit stärker inspirieren lassen.</p> <p>Für Sachsen als Region in Europa ist eine Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg mehr denn je nötig, besonders mit unseren direkten Nachbarn. Wir wollen dazu die Europapolitik des Freistaates Sachsen weiter stärken und dabei insbesondere die Kooperation mit Tschechien und Polen vertiefen. Die Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg pflegen wir intensiv durch zivilgesellschaftliche Bündnisse, kommunale Partnerschaften, Unternehmenskooperationen vor allem im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen und parlamentarische Kooperationen. Mit länderübergreifenden Einrichtungen und binationalen Bildungsgängen werden wir besonders in der Lausitz und im Erzgebirge das Zusammenwachsen der Regionen voranbringen. Die Weiterführung grenzüberschreitender Streifen soll die Sicherheit an den Grenzen stärken. Die Förderung der europapolitischen Bildungsarbeit und des Europagedankens an sächsischen Schulen und Volkshochschulen wollen wir unterstützen und dafür dauerhaft Mittel bereitstellen. Organisationen der politischen Bildung wie der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung oder den Europe Direct Informationszentren soll dabei eine wichtige Rolle zukommen.</p>
Linke	<p>Aus der Fülle der Aufgaben, vor denen wir stehen, wollen wir drei herausheben. Der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-Außengrenzen muss befolgt werden: Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern Pflicht, internationales Seerecht und Selbstverständlichkeit! Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Frauen, Kinder, sexuelle, religiöse und ethnische Minderheiten müssen vor Gewalt und Ausbeutung geschützt werden. Die Flüchtlingsrechte müssen auch auf Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge ausgedehnt werden. Wir wollen einen „Europäischen Fonds für Willkommenskommunen“, der aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen Städten direkt hilft. Wenn sich Geflüchtete in einer Kommune niederlassen, kann die Gemeinde auf der Grundlage der Neu-Meldungen Investitionsmittel allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge erhalten.</p> <p>Wir setzen uns für verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen ein. Deshalb unterstützen wir den sogenannten Treaty-Prozess der Vereinten Nationen, der Unternehmen verpflichten soll, Menschenrechte und Arbeitsrechtsnormen einzuhalten, und der von den EU-Staaten bisher blockiert wird. Beschäftigte sollen gegen Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne auch an ihren Heimatstandorten klagen können. Die Zuständigkeit europäischer Gerichte wollen wir entsprechend erweitern. Wir fordern die EU-Kommission auf, dieses Abkommen umzusetzen. Bislang gibt es nur Richtlinien, die auf freiwillige, unverbindliche Initiativen transnationaler Konzerne setzen. Sie sind nur schwer einklagbar und haben kaum rechtliche Folgen. Wir wollen, dass die menschenrechtliche Verantwortung transnationaler Konzerne und anderer Wirtschaftsunternehmen international festgeschrieben wird. Die EU muss ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden und sich aktiv für den Schutz von Menschenrechten weltweit einsetzen.</p> <p>Gemeinsame Werte gibt es nur dort, wo es gemeinsame Normen gibt. Allerdings zielt die EU zuallererst auf die Herstellung eines einheitlichen Binnenmarktes: Freier Kapitalverkehr, freier Fluss von Gütern und Dienstleistungen und die Arbeitnehmerfreizügigkeit sind die privilegierten Freiheiten. Sie sind das Primärrecht der EU. Sie werden vor allen anderen Rechten geschützt und durchgesetzt. Gemeinsame Mindeststandards für das Recht auf Asyl, den Schutz vor Verfolgung, den Schutz vor Armut, das Recht auf eine Krankenversicherung und eine Altersversorgung</p>

	gibt es in den Mitgliedsstaaten der EU dagegen nicht. Die Menschenrechtserklärung der UNO von 1948 unter Mitarbeit von Jacques Maritain ist christlicher geprägt als die EU.
Grüne	Der Auftrag aus dem konziliaren Prozess und der Sächsischen Verfassung, für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung zu arbeiten, ist für uns aktueller denn je: Wir setzen uns noch stärker als bisher für einen ambitionierten Klimaschutz HIER in Sachsen ein durch einen zügigen, sozial flankierten Kohleausstieg und mit politischen Maßnahmen besonders in den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft. Wir wollen z. B. über ein neues Vergabegesetz öffentliche Auftraggeber dazu verpflichten, umweltverträgliche und energieeffiziente Güter und Leistungen zu beschaffen. Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen und Steuergeld so einsetzen, dass wir unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Erde hinterlassen. Fairer internationaler Handel, der ökologische und soziale Standards berücksichtigt, darf nicht benachteiligt werden.
FDP	Eine sich globalisierende Welt bietet in erster Linie viele Chancen: Sie senkt Kriegsrisiken durch eine bessere Vernetzung der Zivilgesellschaft, bringt Innovationen schneller in andere Länder und verbessert die Möglichkeit, schneller voneinander zu lernen. So wollen wir beispielsweise den Freihandel voranbringen oder durch Schüler-, Auszubildenden- und Studentenaustausch Bildung globaler denken. Dennoch gibt es auch Risiken, mit denen wir verantwortungsvoll umgehen müssen. Als Freistaat in einer großen Europäischen Union ist unser Einfluss auf die Globalisierung vergleichbar gering. Dennoch müssen wir beim Handel auf Bedingungen in anderen Ländern vor Ort achten, durch moderne und exzellente Bildung für diesen Prozess die besten Vorbereitungen treffen oder durch Angebote zum lebenslangen Lernen Chancen schaffen.
AfD	Die Globalisierung ist zugleich Chance und Risiko. Für starke und vernetzte Personen und Unternehmen kann das weltweite Zusammenwachsen von Wirtschaftsräumen und Nationen neue Märkte und Möglichkeiten eröffnen. Für die Schwächeren unserer Gesellschaft besteht jedoch die Gefahr, dass sie zunehmend verdrängt werden und Nachteile erleiden. Dementsprechend ergeben sich aus der Globalisierung insbesondere drei Handlungsnotwendigkeiten: (1). Insbesondere Unternehmensförderung und Bildung müssen fit für den internationalen Markt machen und die Wettbewerbsfähigkeit muss gestärkt werden (konkret bspw. über den Aufbau von Technologieparks im Bereich Halbleiterindustrie und IT-Kommunikation, steuerliche Anreize für Gründer, kostengünstige Arbeits- und Produktionsmöglichkeiten durch preiswerte Grundgüter wie Grund und Boden, Wasser, Strom und Internet [Stopp der kostensteigernden sogenannten Energiewende], Bürokratieabbau und beste Schul-, Berufs-, Hochschulausbildung). (2). Eine funktionierende Solidargemeinschaft muss jene unterstützen, die weniger kapitalstark oder konkurrenzfähig sind. Hierfür müssen genügend Mittel zur Verfügung stehen (konkret bspw. über günstige oder kostenlose Büroflächen in staatlichen Gebäuden für Gründer, Schaffung von familienfreundlichen Sozialstrukturen, Zuschüsse für Pflegebedürftige und Pflegende, Bekämpfung der Altersarmut, Verhinderung der Aushöhlung des Sozialstaates durch die Massenmigration). Zu den beiden vorgenannten Punkten gehört auch, dass auf eine gerechte europa- und weltweite Steuerpolitik hingearbeitet wird, die insbesondere Steuerschlupflöcher für global agierende Konzerne oder Personen verhindert. (3). Zur Bewahrung des sozialen Friedens muss strikt darauf geachtet werden, dass das heimische Recht anerkannt und durchgesetzt wird und Kultur sowie Tradition nicht entkernt werden. Da, wo Fremdes zusammenwächst, muss es klare demokratische „Spielregeln“ geben, damit es nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessensgemeinschaften oder gar zur Herrschaft der Brutaleren, Radikaleren oder Ignoranteren kommt.

4. Welche Rolle spielen Religionen und Kirchen sowie zunehmende religiöse Diversität in einer sich globalisierenden Welt nach Einschätzung Ihrer Partei?

CDU	<p>Wir sind ein christlich geprägtes Land und möchten, dass das auch so bleibt. Wir sind insbesondere mit den beiden großen christlichen Kirchen in einem fortwährenden Kontakt, um unsere politischen Auffassungen abzustimmen. Von beiden Seiten wird bestätigt, dass eine gute und fruchtbare Zusammenarbeit besteht. Auch ist die überwiegende Mehrheit der CDU-Abgeordneten Mitglied einer der beiden oben genannten Kirchen.</p> <p>Die existierende Vielfalt sind insbesondere keiner Glaubensrichtung angehörende Menschen, eine hohe Nachwirkung der DDR-Zeit, und nicht andere Glaubensrichtungen, wie uns oft suggeriert wird. Das aber muss eine Demokratie aushalten. Es wird in einer immer stärker globalisierenden Welt darauf ankommen, unsere Werte (Gerechtigkeit, Freiheit eines jeden Bürgers, Anspruch auf Würde und Akzeptanz eines jeden Menschen) mit Nachdruck zu verteidigen.</p>
SPD	<p>Religionen und Kirchen können ein Anker sein für Orientierung und Struktur. In Deutschland und Sachsen sind sie wichtige Akteure des Gemeinwesens und oft auch unverzichtbar in ihrem Engagement, etwa in der Wohlfahrtsarbeit. In Bündnissen stehen diejenigen, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, als unverzichtbarer Teil gemeinsam für eine vielfältige Welt, für ein vielfältiges Sachsen ein.</p>
Linke	<p>Ein weltanschaulich und religiös neutraler Staat muss von den Religionen getrennt sein, doch das schließt keineswegs eine Kooperation auf der Basis der Trennung aus.</p> <p>In einer demokratischen Gesellschaft hat der Staat nicht das Monopol des Politischen inne, sondern ist wesentlich auf die Beiträge der zivilgesellschaftlichen Organisationen angewiesen, muss ihnen Raum lassen und diesen Raum auch aktiv schaffen. Die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind mit anderen Trägern der Zivilgesellschaft konstitutiv für eine lebendige Demokratie. Sie in den privaten Raum abdrängen zu wollen, würde die Zivilgesellschaft schwächen und den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften verweigern, einen Beitrag in die Zivilgesellschaft und in den demokratischen Diskurs einzubringen.</p> <p>Da der Staat verfassungsrechtlich für alle Religionen und Weltanschauungen offen ist, muss er auch Pluralität achten, schützen und erfüllen. Eine Privilegierung der christlichen Kirchen ist verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch nicht zu legitimieren. Die Wiederentstehung jüdischen Lebens in Deutschland nach 1945 und vor allem nach 1990 begrüßen wir. Auch islamische Gemeinschaften sowie andere Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften müssen einen mit den christlichen Kirchen und jüdischen Religionsgemeinschaften gleichberechtigten Platz einnehmen können.</p>
Grüne	<p>Religionen und Weltanschauungen bieten Orientierung für ihre Anhänger*innen. Durch sie werden jedoch auch Unterschiede sichtbar, die mit dem Ausschluss von allen einhergehen können, die nicht zu der jeweiligen Gruppe gehören. Unterschiede machen die plurale Gesellschaft aus. Sie auszuhalten ist die Kunst, wenn wir es mit der Freiheit ernst meinen.</p> <p>Jedes Individuum und jede Gruppe darf ihren Glauben leben und bekunden, die Menschen dürfen ihr gesamtes Handeln an ihrem Glauben oder an ihrer Weltanschauung ausrichten, solange sie damit nicht in den Freiheitsbereich anderer eindringen. Jeder und jede hat das Recht</p>

	<p>darauf, die eigene Religion oder Weltanschauung frei zu wählen oder sie zu wechseln oder aber gar keine Religion zu haben. Alle müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat diese Freiheiten gewährleistet, und wissen, dass der Staat es nicht dulden wird, wenn sie anderen diese Freiheit beschneiden.</p> <p>Es geht angesichts gesellschaftlicher Veränderungen um die Verständigung auf den gemeinsamen Grundkonsens bei allen Unterschieden. Menschenwürde, Grund- und Menschenrechte, Rechtsstaat, Gewaltenteilung und Demokratie stehen für uns nicht zur Disposition. Hier werden wir keine Abstriche machen.</p>
FDP	<p>Der moderne, plurale und säkulare Staat hat ein Interesse an Wertebegründung, Wertevermittlung und Orientierung. Denn er ruht auf Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen darf und kann. Vor allem ist eine wichtige Voraussetzung des staatsbürgerlichen Miteinanders von Menschen unterschiedlicher religiöser oder weltanschaulicher Prägung rechtlich nicht erzwingbar: Die Solidarität und Bereitschaft, sich gegenseitig als freie und gleiche Mitglieder des politischen Gemeinwesens zu achten und einander mit Respekt zu begegnen.</p> <p>Religionen und Kirchen leisten insofern insbesondere in einer sich globalisierenden Welt einen großen Beitrag für einen positiven gesellschaftlichen Zusammenhalt, eine positive Wertevermittlung und leisten in vielen Lebensbereichen einen wertvollen Beitrag zu unserer vielfältigen Gesellschaft. Wir Freie Demokraten Sachsen halten am geltenden Kooperationsprinzip fest, nach dem Staat und Religionsgemeinschaften je eigenständig und zugleich im Sinne des Gemeinwohles aufeinander bezogen sind. Der säkulare Staat kann eine Definitionshoheit weder über Werte noch über die Glaubensinhalte von Religionsgemeinschaften beanspruchen.</p>
AfD	<p>Den Religionen und insbesondere den (Amts-) Kirchen muss eine gesellschafts-befriedende Aufgabe zukommen. Hierzu müssen diese die Unabhängigkeit von Staat und Kirche ihren Anhängern gegenüber klar artikulieren. Gerade dort, wo verschiedene Religionen aufeinandertreffen, darf es nicht zu Machtkämpfen der Glaubensrichtungen kommen. Dies geht nur, wenn sich Religion hauptsächlich im privaten Bereich abspielt. Je globaler die Welt, desto umsichtiger sollte Religion und Kirche agieren. Der Glaube selbst, egal welcher Religion, kann dem Einzelnen davon abgesehen aber gerade in Zeiten der Umbrüche und Veränderungen Halt und Hoffnung geben. In diesem Sinne wird Religion noch lange eine bedeutende Rolle spielen.</p>

Wahlprogramme der Parteien:

CDU	https://www.cdu-sachsen.de/Dateien/regierungsprogramm-2019-2024/1641392 (abgerufen: 29.08.2019)
SPD	https://www.spd-sachsen.de/wp-content/uploads/2019/07/190709-Regierungsprogramm_lang.pdf (abgerufen: 29.08.2019)
Linke	https://www.dielinke-sachsen.de/wp-content/uploads/2019/07/SLTW19-Langwahlprogramm_Broschuere-DIN-A4.pdf (abgerufen: 29.08.2019)
Grüne	https://wahl.gruene-sachsen.de/DOWNLOADER.php?fileurl=d3AtY29udGVudC91cGxvYWZL0xhbmR0YWd2FobHByb2dyYW1tLUdydWVuZS0yMDE5LnBkZg==&encoded=1 (abgerufen: 29.08.2019)
FDP	https://www.fdp-sachsen.de/wp-content/uploads/2019/07/Wahlprogramm-FDP-Sachsen.pdf (abgerufen: 29.08.2019)
AfD	https://www.afdsachsen.de/files/afd/landesverband-sachsen/download/LTG2019/RWP_190618.pdf (abgerufen: 29.08.2019)